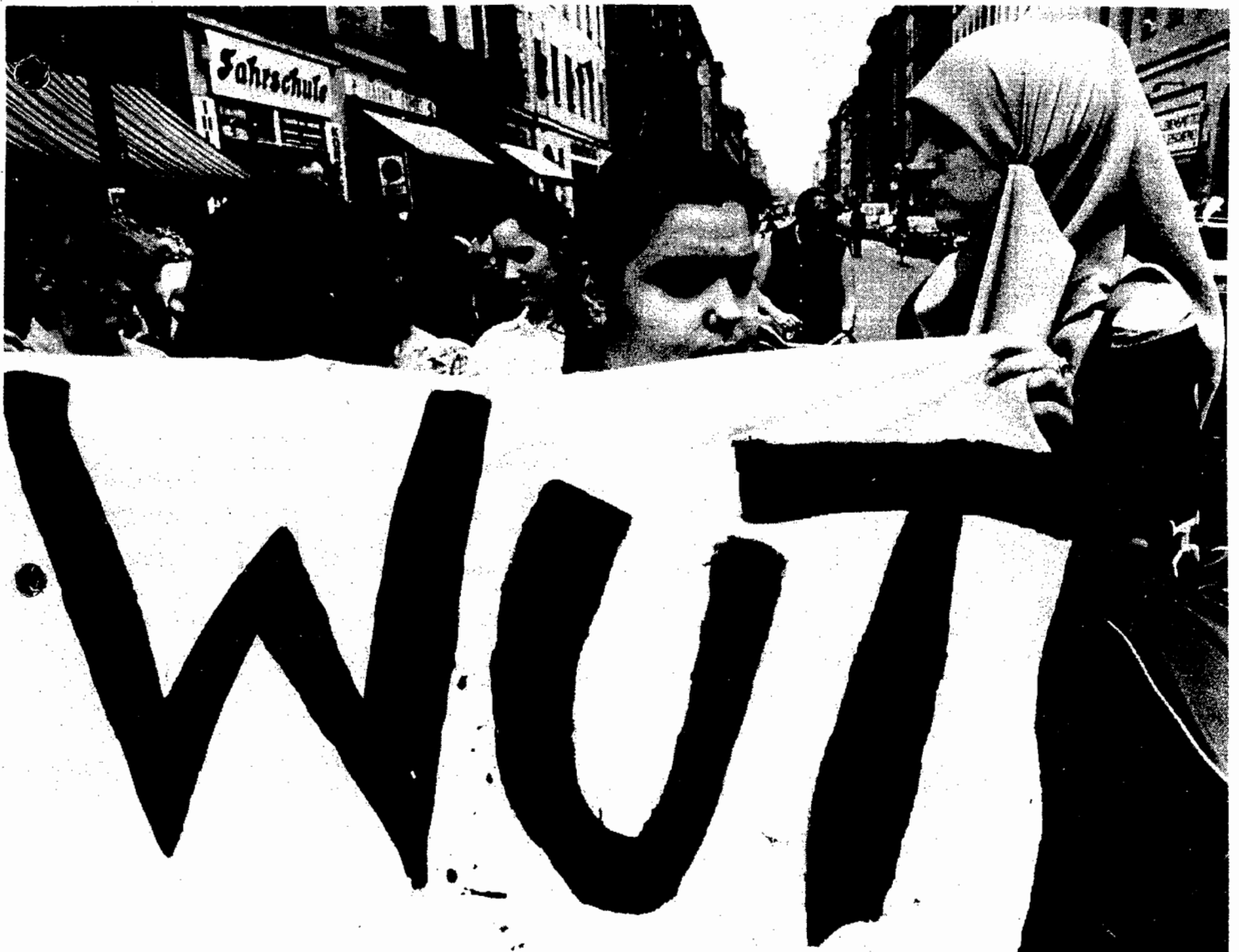


# Flüchtlings- Rat Rundbrief 11/12

August 1993



Nach den Morden von Solingen: Proteste in Kreuzberg

Foto: Christian Jungeblodt/ Third Eye

*Herausgegeben vom Förderverein Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.  
Goschenstr. 20, 31134 Hildesheim, Telefon und FAX: 05121 - 15605*

# Wie weiter nach der Abschaffung des Asylrechts? Das Recht, Rechte zu haben

von Matthias Lange

Mittwoch, 26. Mai 1993: Der Bundestag beschließt mit einer satten Zweidrittelmehrheit die faktische Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl: Die Bundesrepublik schottet sich ab. Ganz anderer Meinung ist da Herr Schäuble: "Wer sagt, die Bundesrepublik Deutschland schotte sich ab, redet falsch Zeugnis" (FAZ, 27.5.1993).

Die Reden der Befürworter der Asylrechtsabschaffung zeichneten sich allesamt dadurch aus, daß sie das historische Gewicht ihrer Entscheidung verleugneten. Heribert Prantl hat derartig widersprüchliches Reden treffend kommentiert (SZ, 27.5.1993): "Die Redner protestierten gegen die Bedeutung des eigenen eindeutigen Handelns." Und weiter: "Die Metoren im alten Rom hatten für solch widersprüchliches Reden ein treffliches Wort: *Protestatio facto contraria*."

Sie wollten ganz offenbar ihren Triumph nicht allzu laut in die Welt hinausschreien. Aber, kaum 3 Tage nach der Abschaffung des Asylrechts war klar: Die Rechten haben ver-

standen, daß sie einen Sieg errungen haben, sie haben verstanden, und sie machen weiter mit ihrer mörderischen Politik: Solingen.

Hier der Triumph der Straße, der Triumph des mordenden Mobs. Dort die ihr eigenes Tun kleinredenden Politiker.

Aber vergessen wir nicht: Diese selben Politiker haben - direkt im Anschluß an den "Asylkompromiß" der Parteien Anfang Dezember 1992 - ganz anders noch ihr Tun triumphierend kommentiert: Zum Beispiel Herr Stoiber: "Damit kann jeder, ob er nun asylberechtigt ist oder nicht, an der Grenze abgewiesen werden." (FR, 6.12.1992)

Der Mob hat verstanden, daß dies der Wirklichkeit entspricht, daß hier ein Sieg errungen wurde, eine "Etappe" auf dem Weg mit dem Ziel: "Ausländer raus".

Und wir müssen uns fragen: Wie gehen wir - ich rede von "wir", und meine alle jene Menschen, die sich für Flüchtlinge und gegen Rassismus engagieren - damit um?

Ich möchte zunächst einige Passagen aus einem längeren Interview mit Walter Koisser zitieren, der im Mai 1993 aus seinem Amt als UN-Flüchtlingskommissar in Deutschland ausgeschieden ist:

"SZ: Ihre fünf Jahre in Deutschland waren fünf Jahre der scharfen Asyldebatten. Wie lautet das Fazit?

Koisser: Es ist für mich eine große persönliche Enttäuschung. ... Wenn künftig die Bundesrepublik ohne jede Rücksicht auf das weitere Schicksal Flüchtlinge in die Nachbarländer abschiebt, dann sind die Garantien der Flüchtlingskonvention nicht mehr gewährleistet. ... Das setzt ein ganz schlimmes Beispiel für den Rest der Welt. Wir in Europa zerbrechen uns heute immer noch den Kopf, wie man hier mit Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen umgehen soll; auf dem afrikanischen Kontinent ist diese Frage schon 1968, später auch in Süd- und Zentralamerika gelöst worden. ...

Man hat sich bei der Asylprüfung auf komplizierte Verfahren spezialisiert, die man schließlich nicht mehr bewältigen konnte - und sich so die eigenen Fallstricke gelegt. Daß ein hochtechnisiertes Land wie die Bundesrepublik es nicht schafft, 400.000 Asylgesuche zu bearbeiten, das kann man jemandem in der Dritten Welt gar nicht erklären. Dort nämlich sind wirklich Massenfluchtbewegungen zu bewältigen, teilweise in die ärmsten Staaten, die es gibt. Nehmen sie Guinea, das zighunderttausend Flüchtlinge aufgenommen hat; oder Malawi, das anderthalb Mil-

lionen Flüchtlinge aus Mozambique beherbergt hat. Wenn ich die Bevölkerungszahlen umlege, dann müßten in der Bundesrepublik sieben Millionen Flüchtlinge sein." (SZ, 26.5.1993)

## Demütigung als Staatsdoktrin

Schon viele Jahre lang ist es so, daß das, was für Flüchtlinge Recht und Gesetz darstellt, ein Hohn ist für jegliches Rechtsempfinden. Nach Verabschiedung des "Asylkompromisses" ist es so, daß Demütigung und Menschenverachtung Staatsdoktrin geworden sind.

Der gesellschaftspolitische Konsens, daß das Asylrecht "massenhaft mißbraucht" werde, und daß diesem Mißbrauch nur durch die Abschaffung des Asylrechts begegnet werden könne - dieser Konsens legitimiert faktisch jede Demütigung, jede Gewaltanwendung gegen Flüchtlinge. Der Rassismus ist heute brutaler Alltag. Die Auffassung, "zu viele" Ausländer brächten die einheimische Bevölkerung aus ganz "natürlichen sozialpsychologischen Gründen" dazu, ausländerfeindliche Einstellungen zu entwickeln, und deshalb sei eine Begrenzung "ihrer Zahl" das einzige praktikable Rezept gegen Rassismus, ist heute bereits Allgemeingut - nicht nur im konservativen politischen Lager.

Jürgen Habermas hat jüngst darauf hingewiesen, daß die "eigentliche Frage" nur hinter den Kulissen und meist ziemlich implizit thematisiert wird:

"Soll die erweiterte Bundesrepublik den nach 1945 eingeschlagenen Weg der politischen Zivilisierung fortsetzen, oder wird sich das alte Sonderbewußtsein in anderer Gestalt erneuern?" (Habermas 1993, 54) - Und weiter: "Das verdrängte Gefühl, daß Deutschland deutscher wird, hat eine lähmende Wirkung. Munter macht es nur die, die ihm freien Lauf lassen. Sie zündeln und stecken der Republik ein neues Licht auf. Aus ihrer Sicht legt die geopolitisch begriffene Verschiebung der Bundesrepublik von der "Randlage" in die alte "kontinentale Mittellage" auch eine andere Interpunktion der geschichtlichen Vergangenheit nahe: Innerhalb des nun überschaubar gewordenen und zur "Epoche des Weltbürgerkriegs" zusammengefaßten Zeitraums von 1917 bis 1989 schrumpfte die Periode von 1933 bis 1945 zur Episode. (...) Die NS-Zeit erscheint jetzt als die unglückliche Verzögerung eines Weltbürgerkrieges, dessen vorgezeichnete Schlachtordnung sich erst nach 1945 formieren konnte..." (ebd. 54f).

## Die Entwicklung eines politischen Gesamtkonzepts

Wir werden in Zukunft mehr Nachdruck auf die Entwicklung eines politischen Gesamtkonzepts von Migration im nationalen und im europäischen Rahmen legen müssen, und uns intensiver mit den Fragen und Problemen eines "multikulturellen Zusammenlebens" zu beschäftigen haben - oder wie immer man dies dann in Zukunft nennen wird.

Denn die "gesellschaftliche Enttabuierung" rassistischer Äußerungen und landungen weist darauf hin, wie *Annette Treibel* (1993, 342) bemerkt, daß die Wiedervereinigung tatsächlich neue deutsche Nationalismen nach sich gezogen hat." Dieser neue Nationalismus könnte "den Beginn einer Emanzipationsbewegung ethnischer Gruppen zu nichte machen, die eben begonnen hatten, ihre ethnischen Wir-Gefühle relativ unabhängig von den Vorgaben der bundesdeutschen Politik (die da heißen: Einbürgerung bzw. Rückkehr) zu organisieren."

Die Frage ist, ob es uns gelingen wird, politisch handlungsfähig zu bleiben und weiterhin alles in unseren Kräften stehende zu tun, damit Flüchtlinge zu ihrem Menschenrecht kommen und der Rassismus sich nicht weiter zur gesellschaftlichen Normalbefindlichkeit entwickeln kann.

Ich werde im folgenden versuchen, nicht nur beschränkt auf das Hier und Jetzt zu argumentieren, und zumindest andeutungsweise auf Erfahrungen aus anderen Ländern und aus der deutschen Geschichte verweisen<sup>1</sup>. Zunächst jedoch sei auf den "idealtypischen Gegensatz" von Nation und Republik, auf den Rassismus und auf die Frage eingegangen, ob man "multikulturelle Gesellschaft" als eine "Strategie gegen Rechts" interpretieren kann bzw. ob es politisch sinnvoll sein könnte, sie so zu interpretieren<sup>2</sup>.

1 Eine empfehlenswerte neuere Einführung in die historischen Erfahrungen mit Migration geben *Treibel* 1993 und *Hentges/Kühnl* 1993, mit einer Fülle weiterführender Literatur.

2 Ausführlich dazu *Lange* 1992. Die Diskussion über Rassismus und "multikulturelle Gesellschaft" ist mittlerweile ziemlich unübersichtlich geworden (vgl. z.B. *Kalpaka/Rätzl* 1992 und die im "Argument" 195 versammelten Aufsätze). Ich versuche deshalb gar nicht erst, einen Überblick über den Diskussionsstand zu geben, sondern beschränke mich darauf, einige der m.E. politisch entscheidenden

## Die Koppelung von "Heimat" und "Nation"

Wie konnte es dazu kommen, daß heute der rassistische Mob "die Politik" von "Kompromiß" zu "Kompromiß" vor sich her treibt? Eine mögliche Antwort darauf ergibt sich aus "unserer" geistesgeschicht-

sein", zu instrumentalisieren und aggressiv nach außen zu wenden. Und es ist zu fragen, warum es nicht möglich sein soll, die verhängnisvolle - und noch nicht einmal 200 Jahre alte - Koppelung von "Heimat" und "Nation" im Alltags- wie im politischen Bewußtsein wieder aufzuhe-



Greifswald: Treffen der „Nationalen Sozialisten“ im Oktober 1992

lichen Tradition. Denn kaum ein Zusammenhang, der jemals gestiftet worden ist, war - und ist - so verheerend wie der von Heimat = Nation = Staat. Dieser Zusammenhang war immer - in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen - artikuliert mit: Abstammung, "Rasse", Sprache, Religion. Und dieses zusammen genommen wurde dann in dem "idealtypischen Gegensatz", wie *Dieter Oberndörfer* das nennt, von Nation und Republik angeordnet (vgl. *Oberndörfer* 1991). Und es bestand immer die Gefahr, daß dieser "idealtypische" in einen wirklichen politischen Gegensatz überführt werden konnte: im Namen "der Nation" (bestehend aus gemeinsamer Abstammung, Sprache, Religion) zunächst einmal gegen alle Fremden, und dann gegen "die Republik".

Es ist der politisch offen vorgetragene ebenso wie der im Alltagsbewußtsein versteckte Rassismus, der es dem Nationalismus möglich macht, jene Gefühle von Menschen, die sich auf "Heimat" beziehen und - in unserem Falle - aufs "Deutsch-

ben (vgl. dazu *Hobsbawm* 1989). Das aber bedeutet zunächst einmal, daß man, mit *Thomas Schmid* (1989) zu reden, bereit ist, konkret und praktisch wahrzunehmen, daß eine multikulturelle Gesellschaft "vieligliedrig" ist: Sie "hat viele Nenner und wenig allerorten Gültiges. Sie besteht, wenn man so will, aus einem Gewirr von Sonderwegen".

Und sie erfordert die Bereitschaft aller Gesellschaftsmitglieder, die Fähigkeit entwickeln zu wollen, die sich hieraus unvermeidlich ergebenden Konflikte "nicht nur wahrzunehmen, sondern auch auszu-tragen"<sup>3</sup>. *Dieter Oberndörfer* fordert deshalb, daß man sich heute zuallererst zu-

3 *SCHMID* 1989, 542, 541. Denn, so fährt er fort, die Begegnung verschiedener Ethnien und Kulturen seien "in aller Regel" nicht nur "ein überaus produktiver Prozeß, ohne den Gesellschaften erstarren würden", sondern zugleich "ein konfliktueller, schmerzhafter Prozeß, auf den sich Gesellschaften wohl nur ganz selten aus freien Stücken einlassen" (ebd., S. 542).

gunsten der *Republik* entscheiden muß: Der damit geforderte "Bruch mit dem Nationalstaat" sei "kein Ausstieg aus der Geschichte, sondern vielmehr nur eine Absage an die ideologischen Kunstprodukte der nationalen Geschichtsschreibung"<sup>4</sup>.

## "Alle, welche Deutschland beiwohnen, sind Deutsche..."

Das aber bedeutet die Abschiednahme von vielen überkommenen und bis heute politisch wirksamen Mythen. An erster Stelle ist hier der **Abstammungsmythos** zu erwähnen, der die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft auf "den Ursprung" gründet und versieht mit der Forderung nach dem Beweis, daß man die deutsche Sprache und Kultur gepflegt und sich immer zum Deutschtum bekannt habe.

Eine andere, ebenfalls "deutsche Verfassungstradition", hat demgegenüber schon vor 150 Jahren begonnen, ein Nischendasein zu fristen. Verwiesen sei nur auf den (sonst nicht um völkische Parolen verlegenen) Abgeordneten *Wilhelm Jordan*, der in der Paulskirche proklamiert hatte:

"Jeder ist ein Deutscher, der auf dem deutschen Gebiete wohnt... Die Nationalität ist nicht mehr begrenzt durch die Abstammung und die Sprache, sondern ganz einfach bestimmt durch den politischen Organismus, durch den Staat... Alle, welche Deutschland beiwohnen, sind Deutsche, auch wenn sie nicht Deutsche von Geburt und Sprache sind"<sup>5</sup>.

In dem Maße, wie nationalstaatlich sich begründende Politiken sich als überfordert erweisen, bedarf es einer *bewußten* politischen Gegensteuerung, will man nicht riskieren, daß rassistische Politik endgültig hoffähig wird, daß "ethnische Säuberungen" - wie man die Politik der rassistisch motivierten Vertreibungen verharmlosend nennt - zur Normalität in Europa werden.

Das Recht des Blutes" bei Fragen der Staatsbürgerschaft gehört abgeschafft, und als vorläufiger Name für eine politische Gegenstrategie bietet sich "Multikultura-

lismus" an - so umstritten er auch ist (siehe unten). - Hierzu zunächst *Jürgen Habermas*:

"Der Multikulturalismus, der sich hier (in Westeuropa) unter dem Druck weltweiter Wanderungsbewegungen herausbildet, ist keine Option, sondern Notwendigkeit. Auf dem Wege zur europäischen Einigung entdecken freilich auch wir den reaktiven Eigensinn der bestehenden Nationalstaaten. Aber die Reibungsverluste, die sie verursachen, bestätigen nur die Überforderung der nationalstaatlichen Handlungsfähigkeiten in einer systemisch immer dichter zusammenwachsenden Welt." (*Habermas* 1993, 55)

## Über Rassismus und Kulturrassismus

**Die Grenzen, die der Rassist zwischen den Menschen zieht, sind Grenzen der Macht; und nur der Mächtige kann sie nach seinen Interessen und Bedürfnissen außer Kraft setzen. Die Machtbalance in einer Gesellschaft wird durch Rassismus vor aller Augen definiert und festgeschrieben. Die Opfer rassistischer Ausgrenzungen haben dann, wenn es in einer Gesellschaft keine wirkungsvolle antirassistische Politik gibt, nicht den Hauch einer Chance, die in den eigenen Leib eingeschriebene Schranke zu durchbrechen.**

Das vorherrschende Thema des gegenwärtigen Rassismus ist nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die **kulturelle Identität**: Die als absolut, unüberwindlich, unverwechselbar und unaufhebbar gesetzten kulturellen Unterschiede definieren jetzt nicht mehr den Anderen als minderwertig, von der Status-Ungleichheit ist nicht mehr die Rede, jetzt geht es um die angebliche Unvereinbarkeit der kulturellen Werte, der Traditionen und Lebensweisen (vgl. *BALIBAR* 1989, 373). Auf diese Weise konnte ein "akzeptabler" neu-rechter Diskurs entstehen, der in Richtung eines "Rassismus ohne Rassen" geht: ein auf Andersartigkeit gegründeter **Kulturrassismus** beginnt den auf Ungleichwertigkeit basierenden biologischen Rassismus abzulösen<sup>6</sup>.

Die theoretische Ausarbeitung eines solchen Kulturrassismus hat bereits mit *Renan*, *Taine* und *Le Bon* eingesetzt (vgl. *Todorov* 1989), und *Alain Finkielkraut* behauptet gar, daß mit "der Ersetzung des biologischen durch das kulturalistische Argument" der Rassismus "zu seinem

Ausgangspunkt zurückgekehrt" sei (*Finkielkraut* 1989a, 86). In jedem Fall verweist die Tatsache, daß der Kulturrassismus erst in der heutigen Zeit politische Relevanz bekommt, auf die fundamentale Diskreditierung des biologistisch-universalistischen Rassismus durch den Faschismus. Der "Kulturrassismus" zielt nicht auf Ausrottung, sondern auf Abschottung. Er will, um es pointiert auszudrücken, den "Blut und Boden"-Mystizismus vom "Blut" reinigen: Die Türkei den Türken = Türken in die Türkei.

Zugleich präsentiert sich dieser "neue Rassismus" als eine politische Strategie, die **das Entstehen von Ausländerfeindlichkeit verhindern** will. Weil bei einem "Nebeneinander" die "Konfrontation unvermeidlich" sei, ist das Thema nicht mehr die Rassenzugehörigkeit, sondern **das rassistische Verhalten**, der Kampf der "Einheimischen" gegen alle Menschen fremden Glaubens und fremder Kultur: Fremdenfeindlichkeit wird zu einem "natürlichen Faktor" erklärt, und diesem "natürlichen Rassismus" könne man nur durch strikte Grenzziehungen, durch Segregation usw. begegnen.

Es ist verblüffend, wie umstandslos sich Rassismen in äußerst flexible ideologische Gewänder kleiden lassen, ohne daß ihre Wirksamkeit darunter leidet. Es scheint im Gegenteil eher so zu sein, daß der Kulturrassismus als ein "ideologisches Angebot" wahrgenommen und angenommen wird, das es einem ermöglicht, jetzt endlich wieder offen sagen zu können, was man schon immer sagen wollte. In diesem Sinne stellt er ganz neue Anforderungen nicht nur an eine wirkungsvolle antirassistische Politik, sondern mindestens ebenso sehr an die Politik der konservativen politischen Kräfte.

## Rassismus ist nur als Ideologie "wirklich"

Rassismus ist, wie jede Ideologie, ein Angebot an die Köpfe der Gesellschaftsmitglieder, die Welt auf diese bestimmte Art und Weise zu ordnen und sich so zu verhalten, wie es diese rassistische Ordnung der Welt nahelegt<sup>7</sup>. Dem Tatbestand, daß

4 *Dieter OBERNDÖRFER*, Die Bundesrepublik Deutschland, Europa und die Dritte Welt: Zum "nationalen Selbstverständnis" der Bundesrepublik; in: *M. HÄTTICH* (Hrsg.), Zum Staatsverständnis der Gegenwart, München 1987, 236; zit. nach: *HOFFMANN* 1989, 768.

5 *F. WIGAND*, Hrsg., Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Bd.I, Ffm 1848, 737; zit. nach: *HOFFMANN* 1989, 761.

6 Ausführlich zu neueren Entwicklungen des Rassismus vgl. *Müller* 1992 und *Lange* 1992.

7 Natürlich soll damit nicht geleugnet werden, daß es reale Unterschiede zwischen den Menschen gibt. Und sicherlich ist es unabdingbar, daß wir uns den "freien Blick" (*Haug*) auf die Unterschiede gestatten, und vor allem auf die reale Wirksamkeit dieser Unterschiede für das jeweilige Selbstbild und für die soziale und politische Handlungsfähigkeit der Individuen. Um mit *Wolfgang Fritz Haug* zu sprechen:

der Rassismus nur als Ideologie "wirklich" ist, widerspricht es nicht, daß rassistische Ideologien an sichtbaren Tatbeständen, an wirklichen Unterschieden anknüpfen, und daß mehr oder weniger elaborierte rassistische Theoriekonstruktionen ausgearbeitet wurden und werden. Weder sind die sichtbaren Tatbestände geeignet, reale Unterschiede von der von Rassisten behaupteten Relevanz zu bezeichnen, noch sind entsprechende Theoriekonstruktionen in der Lage, ihren Gegenstandsbereich in der Realität wiederzufinden.

Der Rassismus ist eine ideologische Ordnung, eine der Formen der Gewinnung von Identität und Selbstbewußtsein: Und zwar sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Das bedeutet: **Rassisten können ein subjektiv "vernünftiges Bewußtsein" haben, und sie können auf dieser Grundlage "rational handeln"**. Der Preis für die Gewinnung "sozialer Handlungsfähigkeit" auf rassistischer Grundlage wird in Gestalt einer gnadenlosen Vereinfachung bezahlt: Der Rassist leugnet, daß er das, was er "ist", nur aufgrund innerer und äußerer - u.a. auch ökonomischer - Abhängigkeiten von Anderen ist. Ich definiere mich - bzw. "wir" definieren "uns" -, indem wir uns im anderen spiegeln: Ich bin rational, also muß der andere irrational sein; er kann seinen Körper geschmeidig bewegen, dafür kann ich meinen Geist gebrauchen; usw. Darüber hinaus ist Rassismus untrennbar verbunden mit dem, was man die sexuelle Ausstrahlung des Exotischen nennen könnte - wodurch natürlich zugleich Ängste der Minderwertigkeit produziert werden.

Aus allen diesen Gründen ist es so schwierig, schlicht zu sagen: Es bin ICH, den ich gespiegelt im Anderen sehe, seitenerverkehrt und dennoch ein Teil von mir.

Zugleich bieten rassistische Ideologien die Möglichkeit, sich selbst die eigene kollektive Gewalttätigkeit gegen die diskriminierten Menschengruppen "wissenschaftlich" zu erklären, bevor sie zu einem beängstigenden Rätsel werden kann und deshalb nicht mehr zu ertragen wäre.

Können sie auf der einen Seite die eigene kollektive Gewalttätigkeit erklären, und so Ängste bereits vor ihrem Entstehen beiseite schieben, so setzen, andererseits, die rassistischen Ideologien selbst ganz

massive Ängste, Abgrenzungen und Aggressionen frei. Denn der Rassismus läßt die Welt so erscheinen, als drehe sich alles um die Themen Körper, Gesundheit, Fortpflanzung und Geschlecht: "Im Anderen konzentrieren sich ... der ekelregend Häßliche, der auszusondernde Kranke und der zu liquidierende, 'artfremde' Geschlechtskonkurrent"<sup>8</sup>.

### Wie überzeuge ich einen Rassisten?

Dies alles zusammengekommen, erklärt vielleicht die erstaunliche Resistenz rassistischer Überzeugungen gegenüber Veränderungsversuchen mittels "Aufklärung". Häufig allerdings wird diese Erfahrung verdichtet zu der These von der prinzipiellen Unmöglichkeit, einen Rassisten allein durch Argumente davon überzeugen zu können, daß seine Überzeugungen und Handlungsweisen falsch sind<sup>9</sup>. Die politi-

8 ELFFERDING 1989, 106. Daß Rassismus und (kollektive) sexuelle Ängste sehr eng miteinander verwoben sind, wurde z.B. in der Zeit des räumlich engen Zusammenlebens von (schwarzen) "Haussklaven" und ihren (weißen) Herren in den Südstaaten der USA zu einem sichtbaren gesellschaftlichen Problem für die "weiße Herrenrasse" - **sichtbar** im wörtlichen Sinne von "für jeden augenfällig":

"Die Hervorbringung von Mischlingen ist ebenso sehr eine Sünde wider die Natur, wie der Inzest... Ich betrachte sie als eine Perversion jeder natürlichen Empfindung. (...) Ich hege keinen Zweifel daran, daß der Abscheu vor der Sklaverei ... in erster Linie, wenn auch unbewußt, dadurch zustande kommt, daß wir in den Nachkommen der Herren aus dem Süden, die sich unter uns als Neger bewegen, obwohl sie keine sind, unser eigenes Wesen wiedererkennen." - Dies schreibt Louis Agassiz, ein führender Naturwissenschaftler in den USA des 19. Jahrhunderts (zit. nach: Gould 1989, S.182f).

9 Dietrich BÖHLER zitiert eine entsprechende, und auch nach meiner Erfahrung verallgemeinerungsfähige Bemerkung von Micha BRUMLIK:

"Von Arnold Gehlen wird erzählt, daß er in den fünfziger Jahren ein Lokal verließ, weil sich darin zu viele Juden aufgehalten hätten. Was also, wenn der Rassist in bestimmte Diskurse erst gar nicht eintreten will? Dann verhält er sich wohl pragmatisch selbstwidersprüchlich oder auch unlogisch, aber das ist ihm gleichgültig. Vielleicht besteht eben darin der Rassismus!"; und fährt selbst fort: "Als politisch-ethischer Anti-Universalismus schließt er das freie und kritische öffentliche Gespräch über seine Voraussetzungen aus und denunziert diejenigen, die es eröffnen, als Verräter, als Scheiß-Rationalisten, als verjudete Intelligenzler, als Marxisten usw." (BÖHLER 1988, 203 und 215).

sche Version dieser These führt in der Praxis zu einer Beschränkung antirassistischer Politik auf ein ritualisiertes "Schlagt sie, wo ihr sie trifft!"<sup>10</sup>.

Die Überzeugungsresistenz hat Gründe, aber sie ist bestenfalls im konkreten Einzelfall total. Sie politisch in eine antirassistische Strategie ummünzen zu wollen, führt geradewegs in die Exklusivität der politischen Sekte.

Der Antirassismus sollte sich deshalb verstärkt darum bemühen, für die konkreten Menschen in dieser konkreten bundesrepublikanischen Gesellschaft eine "multikulturelle Alternative" zum Rassismus zu entwickeln, die es dem Einzelnen leicht macht, sich bewußt für sie zu entscheiden.

### Das politische Problem des Antirassismus

Das politische Problem des Antirassismus erwächst daraus, daß er sich seiner eigenen theoretischen Grundlagen nicht sicher sein kann. Die "universelle" Richtung neigt zur Vernachlässigung oder gar Bekämpfung aller Partikularismen, die "gemeinschaftliche" neigt zur Idyllisierung entweder der eigenen - typisch für

10 Ein Beispiel, das, obwohl die Beispielgeber politisch ziemlich irrelevant geblieben sind, exemplarisch ist: In dem "Entwurf einer politischen Grundlage" des "Kreises 'Radikale Linke'" (abgedruckt in: konkret 11/89, 41-48) findet sich der Satz: "Die radikale Linke ist sehr dafür, die Faschisten aufs Maul zu hauen." (48) Und gleich der nächste Satz stellt dieses Ritual in einen Zusammenhang, der auf fatale Weise an die "Sozialfaschismus-These" erinnert: "Aber", so fährt die RL fort, "sie wird das nicht gemeinsam mit denen erledigen, welche eine Ordnung, die den Rechtsextremismus fördert, für gut und 'normal' halten."

Der Zusammenhang, in dem dieser Satz steht, gibt Aufschluß darüber, mit wem die RLs den antifaschistischen Kampf, wie sie ihn verstehen, "nicht gemeinsam ... erledigen" wollen: Es sind dies die CDU/CSU, SPD und FDP, weil diese Parteien jenen "gesellschaftlichen Umbruch" der letzten 15 Jahre zu verantworten haben, dessen "logische Folge" "der Aufstieg des parteipolitischen Rechtsextremismus" sei. Und es sind dies jene Mitglieder der GRÜNEN, die die These vertreten, daß die REPs "ein Ausdruck demokratischer Normalität" seien.

Die Konsequenz einer solchermaßen betriebenen Ausgrenzung ist die Exklusivität. Der Preis dieser um der eigenen Exklusivität willen (und deshalb mit äußerster Konsequenz) betriebenen Ausgrenzungspolitik, ist das Absehen von jeglicher historischer Erfahrung, ist die scheinbar blauäugig vorgetragene "moderne" Version einer ausgeweiteten Sozialfaschismus-These.

"Der freie Blick auf die Unterschiede, auch die angeborenen des Körpers, scheint unerläßlich, um der Scheinheiligkeit des offiziellen Rassismus Paroli zu bieten." (Haug 1992, 412)





## Rasant, rasant, Herr Asylant!

**Am 31. 12. ist Abschiebetag!**

"konservative Antirassisten" -, oder der "fremden" Kultur - in die, typisch für "linke Antirassisten", alles Positive, das man in der eigenen Kultur nicht mehr sehen kann, hineinprojiziert wird. In jedem Fall aber geht das auf Kosten des Universalismus.

Mit anderen Worten: Eines der zentralen Probleme bei der Entwicklung einer politisch wirkungsvollen antirassistischen Strategie besteht darin, daß man sich nicht einfach zwischen "Universalismus" und "Gemeinschaft" entscheiden kann. Daß man zuvor zumindest ein Konzept entwickelt haben muß, wie das vielen Menschen (über-)lebenswichtige Interesse an der Wahrung ihrer kulturellen Traditionen, wie "kulturelle Identität" und wie "das Nationale" in den republikanischen Universalismus integriert werden kann.

Vor dem Hintergrund der bisher diskutierten Unsicherheiten über die Grundlagen einer antirassistischen Politik kann es kaum überraschen, daß man hier weitgehend auf der Stufe der allgemeinen Deklarationen und Absichtserklärungen stehen geblieben ist. Und daß Anti-Rassismus häufig ganz offenbar als die Aufforderung verstanden wird, die jeweils eigene politische Meinung auf das Terrain der "Fremdenfreundlichkeit" zu projizieren. Ich meine hier z.B. die "Mentalität des Sortierens" nach politisch-ideologischen Gesichtspunkten, die sich besonders gegenüber Flüchtlingen zeigt<sup>11</sup>.

Ausgehend von der "Mentalität des Sortierens" geht die spontane Tendenz "einheimischer Reaktion" dahin, diesen Fremden ein ihnen fremdes Raster, eine Folie der Bewertungen, überzustülpen. Wobei die Kriterien der Bewertung durchaus unterschiedlich sein können, aber zumeist eine Rangfolge mit der größtmöglichen "Integrationsbereitschaft" an ihrer Spitze darstellen. Als Begründung wird zumeist die Behauptung vorgetragen, daß eine Gesellschaft, die "vielen Kulturen" ein Existenzrecht zubilligt, zugleich den Tod "der Kultur" bedeute: Den Tod jener universellen, alle Zeiten und Räume umgreifenden Erfahrung also, die darin besteht, daß sich kulturelle Hervorbringungen nicht auf den Kontext und die historische Zeit ihres Entstehens reduzieren lassen<sup>12</sup>.

die meine politische Überzeugung teilen. Eine Mentalität, die in allen "politischen Lagern" und auf allen "Stufen des Bewußtseins" dominant zu sein scheint - wenn man sich die Linie vom Alltagsbewußtsein bis zum politischen Bewußtsein als eine Stufenfolge vorstellen darf.

12 Ein aktuelles Beispiel bietet in diesem Zusammenhang die Argumentation von Alain FINKIELKRAUT (1989, 1989a): Zunächst stellt er fest, daß die zunehmende Einwanderung nach Europa zu kulturellen Selbstzweifeln geführt habe, und behauptet dann, daß es diese Selbstzweifeln sind, die sich in der Vision einer "multikulturellen Gesellschaft" artikulieren. Das universelle Konzept der Kultur werde zerstört, wenn die Multi-Kulturen von "Minderheiten" diesen die Wahrung ihrer kollektiven Identität ermöglichen.

Die Frage nach Möglichkeiten einer sinnvollen - und im Alltagsleben praktikablen - Integration universalistischer und partikularistischer Konzeptionen stellt sich für jeden Bereich gesellschaftlichen Lebens. Praktisch, in gewissem Sinne tagespolitisch wird dieses Problem vor dem Hintergrund, der von den bei-

Schließlich stellt er die Frage, ob die universellen Denkmuster der Aufklärung zugunsten einer multikulturellen Gesellschaft vernachlässigt werden dürften. Und natürlich antwortet er mit Nein: das sei ein Relativismus, der den HERDERSchen "Volksgeist" zu neuerlichem Leben erwecke.

Dort, wo es um die Möglichkeit der Wahrung der kollektiven Identität von "Minderheiten" in einer multikulturellen Gesellschaft geht, widerspricht Alain FINKIELKRAUT also ganz vehement:

"in dem Moment, wo man dem anderen Menschen seine Kultur zurückgibt, nimmt man ihm seine Freiheit: sein Eigenname verschwindet im Namen seiner Gemeinschaft, er ist nur noch ein Muster, der austauschbare Repräsentant einer bestimmten Klasse von Menschen. Unter dem Vorwand, ihn bedingungslos anzunehmen, verbaut man ihm jede Bewegungsfreiheit, jeden Ausweg, verbietet man ihm die Eigenständigkeit, lockt man ihn hinterhältig in die Falle seiner Andersartigkeit; man glaubt, vom abstrakten Menschen zum wirklichen Menschen überzugehen und hebt die Distanz zwischen der Person und ihrer Herkunftsgemeinschaft auf, die die Anthropologie der Aufklärung bestehen ließ und sogar zu festigen versuchte; aus Altruismus macht man den Anderen zu einem einheitlichen Block und opfert dann für dieses Gebilde die anderen in ihrer individuellen Realität" (FINKIELKRAUT 1989a, 81).

Die "Befürworter der multikulturellen Gesellschaft" lassen, so fährt er fort, in "ihrem löblichen Wunsch, jedermann seine verlorene Identität wiederzugeben, ... zwei antagonistische Denkschulen aufeinanderprallen: diejenige des Naturrechts und diejenige des historischen Rechts. Und sie präsentieren ... als höchste persönliche Freiheit das absolute Primat des Kollektivs" (FINKIELKRAUT 1989a, 111).

Polemik ist bestenfalls polemisch, selten jedoch förderlich für eine Diskussion auf theoretisch unsicherem um geistesgeschichtlich "vermintem" Terrain. Mit anderen Worten: Es bringt die Diskussion nicht weiter, wenn man in einem Kontext (dem der multikulturellen Perspektive gesellschaftlichen Zusammenlebens), der ausdrücklich eine Balance zu artikulieren versucht zwischen dem "republikanischen Universalismus" und kulturellen Partikularismen, die sich zum Beispiel naturrechtlich zu legitimieren suchen, wenn man also in einem solchen Kontext immer wieder so tut, als habe die Balance sich bereits - oder als sei sie von vornherein - zur Seite des Partikularen hin aufgelöst.

11 Die "guten Flüchtlinge" sind zumeist die,

den bereits mehrfach bemühten Stichworten "Assimilation" versus "kulturelle Identität" (bzw. Autonomie) abgesteckt wird.

## Multikulturelle Gesellschaft

Das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft stellt sich der Mentalität des Sortierens und der Klassifikation entgegen. In ihrem Kontext bedeutet Integration, daß von ihr nur auf Grundlage freiwilliger individueller Entscheidungen die Rede ist. Von einer Freiwilligkeit, die allerdings erst dann zum Tragen kommen kann, wenn die politischen Rahmenbedingungen wirklich "danach sind" - eine Bedingung, von der wir heute so weit entfernt sind, daß ihre Erfüllung ins Utopische zu rutschen droht.

In jedem Fall wird sie für die "Minderheiten" erst dann praktikabel werden, wenn sie die Erfahrung machen durften, daß sie wirklich wörtlich gemeint ist, damit niemand mehr befürchten muß, er werde hier zur Selbstaufgabe gezwungen.

Das "multi" einer multikulturellen Gesellschaft bezeichnet also den Sachverhalt, daß die Individuen ohne Befürchtungen, ohne Angst, und ohne Druck zwischen unterschiedlichen kollektiven Identitäten wählen können.

Indem wir über die "multikulturelle Gesellschaft" sprechen, reden wir immer auch über Probleme und Konflikte. Ihre Balance ist in der alltäglichen Praxis äußerst fragil. - *Eine Mehrheitsgesellschaft*, die nicht mit dem Anspruch auftritt, alle Minderheiten entweder assimilieren oder aussondern zu wollen: und zugleich *viele Minderheiten-Gemeinschaften* von Menschen mit "fremden" kulturellen Traditionen, die alle den ihnen allen eigentlich innewohnenden Anspruch, selbst "universell" in dieser Gesellschaft werden zu wollen, aufgegeben haben.

Das ist der Stoff, aus dem Konflikte entstehen, bzw.: gemacht werden können. Denn schließlich sind es nicht abstrakte Kulturen, die in einer multikulturellen Gesellschaft zusammenleben, sondern konkrete Menschen unter jeweils konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen. Allein deshalb werden sich in ihr eine Vielzahl von Spannungslinien herausbilden. Die einzig politisch relevante Frage in diesem Zusammenhang ist, ob - und wie - diese Spannungen und Konflikte im gesamtgesellschaftlichen Rahmen produktiv verarbeitet werden können, und ob - bzw. wie - ihre immer mögliche destruktive Wirkkraft in produktiven Bahnen gehalten werden kann.

Das Stichwort "multikulturelle Ge-

sellschaft" steht heute für eine gesellschaftliche Realität und für ein ideologisches Kampffeld zugleich. Seine Ambivalenz entspricht ziemlich exakt der Vielschichtigkeit der von ihm thematisierten gesellschaftspolitischen Probleme. Als Praxis einer "multikulturellen Politik" ist er in gleichem Maße harter Kritik und utopiegesättigter Zustimmung ausgesetzt.

"Multikulturelle Gesellschaft" bedeutet zunächst einmal eine politische Auseinandersetzung, die quer durch alle Parteien und ideologischen Strömungen geht. Denn diese Perspektive ist weder ein "rechtes", noch ein "linkes" Projekt.

Eine antirassistische Politik sollte deshalb zunächst einmal "tiefer" ansetzen, bei den alltäglichen Lebenszusammenhängen der Menschen. In diesem Sinne sollte zum Beispiel die Anwesenheit von Flüchtlingen als *Chance* genutzt werden, der Ausländerfeindlichkeit das tolerante und weltoffene Miteinander entgegenzustellen, von dem in den Grundrechten die Rede ist. Denn Ausländerfeindlichkeit und Rassismus können nur aus den unmittelbaren Lebenszusammenhängen der Menschen heraus widerlegt werden: Durch die Erfahrung des Umgangs miteinander, durch die Stiftung von Alltäglichkeit.

Eine erste Bestimmung der multikulturellen Perspektive lautet: In einer solchen Gesellschaft geht es nicht darum, daß die Mehrheit den Minderheiten "Zugeständnisse" macht, sondern darum, daß man diese politische Arbeit als Deutscher *für sich* macht: "für die deutsche Gesellschaft, die es nötig hat, in Richtung multikultureller Gesellschaft verändert zu werden, ... in der man selber leben will"<sup>13</sup>.

<sup>13</sup> KALPAKA/RÄTHZEL 1986, 87. Für GEIGER (1989, 145f) ist dies die zentrale Frage, denn ihre Beantwortung "entscheidet darüber, ob die Entwicklung zu einer multikulturellen Gesellschaft 'für sich' eine konkrete historische Entwicklungsmöglichkeit darstellt (als Alternative zur ebenfalls möglichen 'Barbarei') ... : Es gilt zu belegen - an der konkreten Lebenserfahrung anknüpfend -, daß und inwiefern Rassismus und Nationalismus die Bevölkerungsmehrheit, auch 'uns Deutsche', an der Befriedigung sozialer, kultureller, ökonomischer Interessen hindert - und daß und inwiefern eine multikulturelle Gesellschaft diese Befriedigung eher gewährleistet." Die Erfahrungen mit der "multikulturellen" Perspektive in Gesellschaften, die sie schon seit Jahren auf die Fahnen der offiziellen Politik geschrieben haben (vor allem in Australien und auch in den USA), zeigen allerdings, daß ihre Verkürzung auf begrenzte gesellschaftliche Teilbereiche (zum Beispiel auf die

Die Gefahr besteht darin, daß man den Konflikten, die unvermeidlich sind und deshalb ausdrückliche Konzepte erfordern, damit sie politisch beherrscht werden können, entflieht, und sich der Wärme und Geborgenheit des Gemeinschaftlichen versichert; daß man sich also aus Konfliktangst für das Partikulare entscheidet. Diese Gefahr existiert um so wirklicher, als eine solche Entscheidung fürs Gemeinschaftliche von der Kritik am Ethnozentrismus und von dem Versuch nahegelegt wird, die Gleichwertigkeit der Kulturen lebenspraktisch werden zu lassen.

## "Deutschenarbeit", oder: "Die Wahrheit des Konflikts"

Eine Politik, die nicht wahrhaben will, daß die gesellschaftspolitische Realität der Bundesrepublik in weiten Teilen multikulturell geprägt ist, und die sich deshalb der Entwicklung eines dieser multikulturellen Wirklichkeit angemessenen politischen, sozialpolitischen, pädagogischen (usw.) Instrumentariums verweigert, wird unweigerlich zur Vertiefung der heute unübersehbaren Fremden- und Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung beitragen.

Eine der multikulturellen Wirklichkeit angemessene Politik muß sich auf ein bis in den Alltag hineinreichendes Instrumentarium der Konfliktbewältigung stützen können. Für die "Ausländerarbeit" erfordert dies die praktische Umsetzung der Einsicht, daß sie sich immer auch zugleich als "Deutschenarbeit" begreifen muß.

Eine erste Voraussetzung hierfür ist die Abschiednahme nicht nur von jeglicher Art des "universalistischen Rationalismus", sondern zugleich auch von allen Träumen, die uns vorgaukeln wollen, es könne so etwas wie eine konfliktfreie Zukunftsgesellschaft geben.

Daß auch "die Ausländer" ihre Rassismen in sich tragen, ist eine Binsenweisheit. Eine idyllisierend "das Gute" im Fremden suchende Haltung hat beinahe automatisch zur Folge, daß sie alle politischen Gegner dieser Vision moralisch abwertet, daß sie deshalb politisch kaum noch anders als mit Stereotypen auf sie reagieren kann.

Denn ebenso, wie die Ersetzung der Forderung nach einer multikulturellen Perspektive durch den Ruf nach Integration bestenfalls den neu-rechten politischen

Schul- und Freizeitpädagogik), sie zu einem Manipulationsinstrument werden läßt (vgl. ebd., 150ff).

Kräften Wasser auf die Mühlen leitet - aber nichts an der gesellschaftlichen Wirklichkeit multikultureller Verhältnisse hier und jetzt und heute ändern kann; - ebenso und in demselben Maße ist die harmonisierende und idyllisierende Sicht auf alles, was das Wort "multikulturell" meint, mehr als nur ein Vergessen der Konflikte, die diese Perspektive mit sich bringen wird. Beide sind sie "mehr", denn beide Male wird an dem, was politisch notwendig ist, vorbeigehandelt. Und beide Male werden voraussehbare gesellschafts-politische Nebenfolgen produziert, die später einmal "so" keiner gewollt haben wird.

Ich will demgegenüber die Balance betonen, die dieses Konzept auszeichnet, und den Konflikt, der einen solchermaßen ausbalancierten, den Partikularismus auf sich aufnehmenden "republikanischen Universalismus" niemals verlassen wird: "Multikulturelle Gesellschaft" soll damit nicht nur als eine Beschreibung der bundesrepublikanischen Lebenswirklichkeit verstanden werden, sondern gleichermaßen als die Forderung nach einer innerstaatlichen Verfassung des Zusammenlebens, die ausdrücklich die "Wahrheit des Konflikts" anerkennt und auszubalancieren trachtet - und zwar ohne die Dominanz der "Mehrheitsgesellschaft" strukturell festzuschreiben.

Insofern also soll "multikulturelle Gesellschaft" als eine mögliche "Strategie gegen Rechts" verstanden werden: Eine Strategie, die "einfachen Lösungen" eine Absage erteilt, ohne selbst aber "die Antwort" bereits in der Tasche zu haben. Es sind vielmehr nur Struktur-Aussagen möglich, wie z.B. die über "die Wahrheit des Konflikts" und über die Notwendigkeit eines diese unvermeidlichen Konflikte ausbalancierenden Institutionengeflechts. Und Aussagen, die sich auf die Rechte beziehen, die die Menschen "haben" - oder auch nicht.

## Das Recht, Rechte zu haben

Flüchtlingsschutz ist - auch juristisch - umfassend nur zu gewährleisten, wenn zuvor politisch entschieden wurde, daß Flüchtlinge ein einklagbares individuelles Recht auf Schutz haben sollen<sup>14</sup>.

Und genau deshalb, weil der Art. 16,2,2 GG ein solches Recht als Grundrecht fixiert hat, ist er zum Symbol geworden: "Politisch Verfolgte genießen

Asylrecht": Das war das einzige Grundrecht, das Flüchtlingen, Menschen mit "fremdstaatlicher Nationalität" also, auch juristisch als Menschen gesehen hat, die unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft einklagbare Rechte haben.

So sehr er in den letzten 15 Jahren auch faktisch verstümmelt worden ist - so war der Artikel 16 GG doch der Kern einer *anti-etatistischen Utopie*, der die faschistische Erfahrung zur Staatsdoktrin verholfen hat. Hier ist das erste und bisher historisch einzige Mal juristisch fixiert worden, daß es nicht ausschließlich der Staat ist, der mit "seinen" Bürgern "rechnen" kann (indem er ihnen zum Beispiel einen Paß gibt, ihnen die Bürgerrechte entzieht, sie entmündigt usw.), sondern daß es die Menschen sind - egal, woher sie kommen -, die auf ihr Recht, ihr Menschenrecht auf Asyl, ohne Wenn und Aber zählen können.

Insofern ging das im Art. 16 festgeschriebene Individualrecht auf Asyl weit über das in der GFK völkerrechtlich fixierte Gnadenrecht hinaus.

## Illegalität: Die 20er Jahre

Was es für Flüchtlinge bedeutet, ein solches einklagbares Recht nicht zu haben, hat Hannah Arendt in ihrem Buch *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* sehr eindringlich geschildert.

Hannah Arendt berichtet in den im folgenden zitierten Sätzen von Erfahrungen aus den 20er Jahren - vor der GFK und bevor es in Deutschland ein Grundgesetz gab. Und das Ganze liest sich heute beinahe wie eine Zukunftsvision, wie ein zukünftiges Horrorszenario:

"Kaum hatte der Völkerbund angefangen, sich mit der Frage der Flüchtlinge zu befassen, da wurde er bereits von den ihn konstituierenden Regierungen darauf hingewiesen, daß "das Flüchtlingswerk des Völkerbundes mit der größtmöglichen Geschwindigkeit 'liquidiert' werden müsse" [Ich weise H.A.s Zitate nicht extra aus - ML]. Die bloße Beschäftigung mit der Frage versetzte die Staatsmänner in Angst und Schrecken...

Man verschlechterte die Situation der Staatenlosen willentlich, um Abschreckungsmaßnahmen zu schaffen, wobei manche Regierungen so weit gingen, jeden Flüchtling kurzerhand als "lästigen Ausländer" zu bezeichnen und ihre Polizei anwies, sie dementsprechend zu behandeln. Wieweit diese Abschreckungsmaßnahmen effektiv waren, ist schwer abzuschätzen. In den letzten Jahren vor Kriegsausbruch hatten die Polizeien der westlichen Länder alle Übersicht über

die Ausländer verloren, weil die Flüchtlinge sich in die Illegalität gerettet hatten..." (445, Hervorh. von mir).

Immer mehr Menschen "lernten", wie Hannah Arendt dies nennt, "unter Bedingungen absoluter Gesetzlosigkeit zu leben und in der Illegalität ihren besten und verlässlichsten Schutz zu sehen." (446)

## Ein unsichtbarer Polizeistaat entsteht

Dies konnte natürlich an der inneren Verfaßtheit der westeuropäischen Staaten nicht spurlos vorbeigehen, wie Hannah Arendt schildert (446f):

"Die Tatsache, daß die europäischen Nationalstaaten sich in solche schieden, welche alle Elemente, die ihnen nicht paßten, aus dem Lande jagten, und solche, welche diesen Volksgruppen als mehr oder minder illegale Auffanggebiete dienten, hatte eine ganze Reihe von Konsequenzen, die, ohne daß die Öffentlichkeit sich ihrer Tragweite noch bewußt geworden wäre, alle darauf hinausliefen, Legalität überhaupt im Innern der betroffenen Staaten wie in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen zu unterminieren.

In dem Maße, wie der Staatenlose selbst außerhalb des Gesetzes steht, zwingt er auch jede Regierung, die es mit ihm zu tun bekommt, die Sphäre des Gesetzes zu verlassen."

Auf diese Weise entsteht - unmerklich fast für die "Normalbevölkerung" - ein "unsichtbarer Polizeistaat" (ebd., 450):

Es kam jetzt in Westeuropa das erste Mal dazu, daß die Polizei - nicht nur, aber vor allem an den Grenzen - "die Befugnis erhielt, direkt über Menschen zu verfügen und zu herrschen. In Flüchtlingsangelegenheiten war sie nicht mehr das Vollstreckungsinstrument des Gesetzessystems und anderen Regierungsinstanzen unterstellt, sondern konnte vollkommen unabhängig handeln. Die Bedeutung dieser Emanzipation von Gesetz und Regierung wuchs im Verhältnis zu dem Anwachsen der Staatenlosen im Lande, durch das sich ihr Machtbereich dauernd vergrößerte. Jeder neu über die Grenze gekommene Flüchtling vergrößerte automatisch die Volkszahl dieses unsichtbaren Staates im Staate."

## Illegalität heute

Heute tut "die Politik" alles, um Flüchtlingen jede Möglichkeit eines legalen Aufenthaltsstatus zu nehmen. Zugleich werden die Grenzen befestigt, wird die Grenzpolizei ausgebaut.

Bei Hannah Arendt ist - wie gesehen - nachzulesen, daß schon die Weimarer Re-

<sup>14</sup> Die folgenden Passagen des Textes stützen sich z.T. auf Passagen meines im letzten Rundbrief abgedruckten Artikels "Die Abschaffung des Asylrechts".



publik auf Flüchtlinge aus dem Osten, die sie nicht aufnehmen wollte, mit der Ausdehnung der Polizei und ihrer Aufgaben über jedes gesetzlich kontrollierbare Maß hinaus reagiert hat. Auch damals wurden Rassisten aller Schattierungen mit Polizeibefugnissen ausgestattet und als Polizeitruppe organisiert. Der so entstehende Staat im Staat hat wenig später als Bodensatz des Nazi-Terrors funktioniert.

Es gibt letztlich keine Möglichkeit, Flüchtlinge davon abzuhalten, sich auf den Weg - auch - in die BRD zu machen: Auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung, vor Folter, vor Bürgerkrieg.

**Und wenn jeder Flüchtling weiß, daß das Stellen eines Asylantrages mit einer Sicherheit von 90% zur sofortigen Abschiebung führt, dann werden die betroffenen Menschen - weil sie Menschen sind -, sich durchzuschlagen versuchen, werden sie sich in der Illegalität einzurichten versuchen.**

Abgesehen davon, daß ich mir bei der Wortwahl sehr unsicher bin: Wie nennen wir diese Menschen: "Illegale"? - Assoziiert das nicht sofort "Kriminelle"?; "Rechtlose"?; "Vogelfreie"? - ich weiß es nicht, hier werden wir sicher noch diskutieren müssen. Aber abgesehen davon, dieses damit angedeutete Thema wird uns früher, als uns lieb sein kann, einholen: Spätestens dann nämlich, wenn in den 20 Wahlkämpfen des kommenden Jahres immer lauter und lauter über die "kriminellen Schmarotzer", über die "multikriminelle Gesellschaft" gehetzt werden wird - oder wie immer die SchlagWorte dann lauten werden.

Darum sollten wir jetzt die Zeit nutzen, und uns Gedanken machen über das, was uns, was den Flüchtlingen, bevorsteht.

Im letzten Rundbrief habe ich anhand von zwei Beispielen aus Portugal und aus Italien (Mailand) anzudeuten versucht, daß der Umgang mit "Illegalen" dort von einer ziemlich erstaunlichen "Doppelhaltung" des Staates geprägt ist: Wer erwischt wird, wird abgeschoben, zugleich aber "drückt man beide Augen zu", sorgt sogar für Installation und Infrastruktur<sup>15</sup>.

Wäre das, wäre ein solcher von einer "staatlichen Doppelhaltung" geprägter Umgang mit der Illegalität in der BRD denkbar? Ich weiß es nicht, aber ich fürchte, wir sollten uns entspre-

chende Gedanken machen, denn wir werden uns wohl in einer "neuen/alten Gesellschaft" einzurichten haben.

## Ein neues Nachdenken über "Flüchtlingsarbeit"

Wir werden wohl lernen müssen, mit unserer eigenen Hilflosigkeit umzugehen. Die wohl wichtigste Frage lautet: *Wie können wir es vermeiden, in hilflosen Aktionismus, in Selbstzerfleischung oder in Resignation zu verfallen?*

Zunächst einmal sollten wir uns deutlich vor Augen halten, daß wir heute bereits eine gesellschaftliche Wirklichkeit vorfinden, die viele von uns nur am Rande wahrnehmen. So weiß heute niemand, "ob es 150.000 oder 600.000 illegale ausländische Arbeitnehmer in Deutschland" gibt

ben<sup>16</sup>.

Vielleicht können wir für die unbedingt notwendige *Diskussion über die Zukunft von Flüchtlingspolitik in der BRD, über die Perspektiven des Kampfes gegen Rassismus* etwas aus dem Erklärungsversuch von *Hannah Arendt* lernen:

*Hannah Arendt* hat schon in den 20er Jahren die Versprechungen der Menschenrechte einer beißenden Kritik unterzogen und sie "zahnlos" genannt, da sie alles gewähren, aber wenig zu halten imstande sind. Sie bezeichnete *Menschenrechte ohne Deckung durch Bürgerrechte* als leere Versprechungen für die Schutzlosen, die sich im Konfliktfall als wirkungslos erweisen. Und sie stellt ihnen *das Recht, Rechte zu haben* an die Seite:

"Daß es so etwas gibt wie ein *Recht, Rechte zu haben* ... wissen wir erst, seitdem Millionen von Menschen aufgetaucht sind, die dieses Recht verloren haben und zufolge der neuen globalen Organisation der Welt nicht imstande sind, es wiederzugewinnen. Dieses Übel ... (war) nur möglich ..., weil die Völker der Erde trotz aller bestehenden Konflikte sich bereits als ein Menschengeschlecht etabliert haben... (Nur deshalb) konnte der Verlust der Heimat und des politischen Status identisch werden mit der Ausstoßung aus der Menschheit überhaupt. ...

Diese neue Situation ... würde in diesem Zusammenhang besagen, daß das Recht auf Rechte oder das Recht jedes Menschen, zur Menschheit zu gehören, von der Menschheit selbst garantiert werden müßte. Und ob dies möglich ist, ist durchaus nicht ausgemacht." (462, 465)

Ich schlage vor, daß wir dieses grundlegende *Recht, Rechte zu haben* als Klammer nehmen, als DAS GEMEINSAME, wodurch sich die Arbeit in den verschiedenen Feldern von "Ausländerpolitik" und

"Deutschenarbeit" unmittelbar aufeinander beziehen ließen: Asylrecht, Wahlrecht, doppelte Staatsbürgerschaft, Antirassismus ... - Wir brauchen ein neues Nachdenken über "Flüchtlingsarbeit".

Hierzu zunächst ein Zitat aus der FAZ: Am 30.10. 1992 kommentierte dort *Eckard Fuhr* die Reaktionen der SPD auf Engholms Asylabschaffer-Kurs. Und er kommt zu dem Ergebnis, daß eine zukünftige Asylpolitik von einer grundlegenden Wandlung ausgehen muß: Nötig sei "der Wandel hin zu einer Politik, die nicht mehr 'Lösungen' versprechen kann, sondern das Überleben im Konflikt or-



(Röseler, Vogel 1993, 21). Das Bundesinnenministerium schätzt für 1992 - neben den 438.000 registrierten Asylbewerbern - etwa 310.000 Menschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten (vgl. Spiegel 14/1993, 111)

Wie werden wir in Zukunft mit Menschen umgehen, die heute noch den Status eines Asylbewerbers haben, denen aber in Zukunft kein vernünftiger Mensch mehr wird empfehlen können, diesen Status anzustreben? Werden wir Strukturen wie in Mailand, Strukturen der Halblegalität, aufbauen?

Es würden dies Strukturen sein müssen, in denen sich Menschen einigermaßen vertrauensvoll bewegen können, die NICHTS SIND, die keinerlei Rechte ha-

<sup>15</sup> Ein Überblick über die Diskussion in den "Migranten-Diensten" der italienischen evangelischen Kirchen bei *Hein* 1990.

<sup>16</sup> Zu einem - allerdings wesentlichen - Aspekt in diesem Zusammenhang, das *Kirchenasyl*; vgl *Just* 1993.

ganisieren muß."

Was kann das heißen, "das Überleben im Konflikt organisieren"? Ist das der Versuch, sich im Weltbürgerkrieg einzurichten? - Wie kommt Eckard Fuhr zu dieser These?

Er geht aus von der Feststellung, daß die "sozialdemokratischen Kämpfer für das Asylrecht" überdeutlich wahrnehmen, "daß im Kurswechsel Engholms ein Abschied von optimistischen Zukunftserwartungen beschlossen liegt, von dem Glauben, man könne durch - globale - Sozialpolitik die 'Fluchtursachen bekämpfen' und brauche deshalb eine härtere Politik der Abwehr im eigenen Land nicht zu betreiben." Eckard Fuhr glaubt damit, so kann man indirekt schließen, keine andere Wahl zu haben: "eine härtere Politik der Abwehr im eigenen Land" ist angesagt. Und deshalb fordert er eine harte Politik Ellenbogens, der Abwehr nach innen und nach außen. - Und sicher ist er dabei weniger blauäugig, als so mancher von uns.

Denn wer von uns glaubt, man müsse

den Menschen nur sagen, daß wir eine Gesamtverantwortung für die Menschheit haben, und könnten dadurch die Menschen von ihren rassistischen "Lösungsversuchen" abbringen, der irrt.

Wahrscheinlich ist sogar das direkte Gegenteil der Fall: Die Menschen wissen, daß sie diese Gesamtverantwortung eigentlich übernehmen müßten, wollen dies aber nicht. - Hannah Arendt:

"Je besser die Völker einander kennenlernen, desto mehr scheuen sie begreiflicherweise vor der Idee der Menschheit zurück, weil sie spüren, daß in der Idee der Menschheit, gleich ob sie in religiöser oder humanistischer oder schwärmerisch kosmopolitischer Form auftritt, eine **Verpflichtung zu einer Gesamtverantwortlichkeit mitenthalten ist, die sie nicht zu übernehmen wünschen.**"

Je enger der Raum wird, auf dem die Völker einander begegnen, desto schwerwiegender werden die politischen Realitäten und desto unmöglicher wird es, Menschen mit dem idealistischen Vokabular

von Menschenwürde und Menschheit zu überzeugen, und zwar nicht, weil das in diesem Vokabular Gemeinte der Vergangenheit angehörte, sondern umgekehrt, **weil diese Inhalte ... Wirklichkeit und aktuelles politisches Problem geworden sind, deren Schwere das Vokabular des neunzehnten Jahrhunderts nicht gewachsen ist.**" (a.a.O., 379)

Wir sollten, mit anderen Worten, unsere zukünftigen Diskussionen an der Frage ausrichten: Wie kann es uns gelingen, den Menschen gute Gründe dafür an die Hand zu geben, daß sie sich **aus ihrem eigenen Interesse heraus** für eine nicht-rassistische Politik entscheiden. "Multikulturelle Gesellschaft" im oben skizzierten strategischen Verständnis könnte einen ersten Schritt in diese Richtung bedeuten. Und wir sollten - wie gesagt - **das Recht, Rechte zu haben** als den "gemeinsamen politischen Nenner" nehmen, der uns hilft, unsere politischen Forderungen, unsere Utopien aufeinander zu beziehen und miteinander zu verbinden.

#### Zitierte Literatur:

##### Akache/Böhme 1989:

Farideh Akache-Böhme, "Multikulturelles Zusammenleben" - Chance oder Augenwischerei?; in: NG/FH, H.6/1989, 546-549.

##### Arendt 1986:

Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986 (=Serie Pieper 1032).

##### Autrata et.al. 1989:

Otger Autrata, Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht, Cornelia Wolf (Hrsg.), Theorien über Rassismus. Eine Tübinger Veranstaltungsreihe Hamburg (Argument) 1989 (=Argument-Sonderband, AS 164).

##### Balibar 1989:

Etienne Balibar, Gibt es einen "neuen Rassismus"?; in: Das Argument 175, 369-380.

##### Blasche et.al. 1988:

Siegfried Blasche, Wolfgang R. Köhler, Wolfgang Kuhlmann, Peter Rohs (Hrsg.), Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins: Chance oder Gefährdung? Praktische Philosophie in Deutschland nach dem Nationalsozialismus Ffm (Suhrkamp) 1988 (= stw 752).

##### Böhler 1988:

Dietrich Böhler, Die deutsche Zerstörung des politisch-ethischen Universalismus. Über die Gefahr des - heute (post-)modernen - Relativismus und Dezisionismus; in: Blasche et.al. 1988, 166-216.

##### Elffering 1989:

Wieland Elffering, Funktion und Struktur des Rassismus. Eine Theorieskizze; in: Autrata et.al., 101-112.

##### Finkielkraut 1989:

Alain Finkielkraut, Die vergebliche Erinnerung. Vom Verbrechen gegen die Menschheit Berlin (Tiamat) 1989.

##### Finkielkraut 1989a:

Alain Finkielkraut, Die Niederlage des Denkens Reinbek (Rowohlt) 1989 (=rororo Aktuell Essay 12413).

##### Geiger 1989:

Klaus F. Geiger, Gesellschaft ohne Ausländerfeinde oder multikulturelle Gesellschaft; in: Autrata et.al., 135-157.

##### Gould 1989:

Stephen Jay Gould, Der Daumen des Panda. Betrachtungen zur Naturgeschichte Ffm (Suhrkamp) 1989 (=stw 789).

##### Habermas 1993:

Jürgen Habermas, Gelähmte Politik; in: Der Spiegel 28/1993, 50-55.

##### Haug 1992:

Wolfgang Fritz Haug, Zur Dialektik des Anti-Rassismus. Erkundungen auf einem Feld voller Fallstricke; in: Kalpaka/Räthzel 1992, 407-430.

##### Hein 1990:

Christopher Hein, Ipotesi per una politica di immigrazione, Turin 1990 (Claudiana) (=Collana della Federazione delle chiese evangeliche in Italia, 7).

##### Heinrichs 1985:

Hans-Jürgen Heinrichs, Einleitung; in: Michael Leiris, Die eigene und die fremde Kultur. Ethnologische Schriften. Band 1, Ffm (Suhrkamp) 1985, 7-48 (=stw 574).

##### Hentges/Kühnl 1993:

Gudrun Hentges und Reinhard Kühnl, Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland. Ein historischer Rückblick; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/1993, 715-728.

##### Hobsbawm 1989:

Eric J. Hobsbawm, Das imperiale Zeitalter 1875-1914 Ffm, New York (Campus) 1989.

##### Hoffmann 1989:

Lutz Hoffmann, Nationalstaat oder Republik? Das ungewöhnliche Plädoyer der Dieter Oberndörfer; in: Blätter 6/89, 759-768.

##### Just 1993:

Wolf-Dieter Just (Hrsg.), Asyl von unten. Kirchenasyl und ziviler Ungehorsam. Ein Ratgeber, Reinbek 1993 (=rororo aktuell 13356).

##### Kalpaka/Räthzel 1986:

Annita Kalpaka, Nora Räthzel, Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus; in: Dies. (Hrsg.), Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, Berlin 1986, S. 32-91.

##### Kalpaka/Räthzel 1989:

Annita Kalpaka, Nora Räthzel, Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein; in: Autrata et.al. 1989, 85-100.

##### Kalpaka/Räthzel 1992:

Annita Kalpaka, Nora Räthzel (Red.), Rassismus und Migration in Europa, Hamburg/Berlin 1992 (=Argument-Sonderband 201).

##### Lange 1992:

Matthias Lange, Über Neo-Rassismus und Fremdenfeindlichkeit: Multikulturelle Gesellschaft als "Strategie gegen Rechts"?; in: Die Brücke 68/1992.

##### Müller 1992:

Jost Müller, Rassismus und Nationalismus der "Neuen Rechten" in der Bundesrepublik. Die Aktualisierung der "Konservativen Revolution" im Kontext des Neo-Rassismus; in: Das Argument 195, 723-731.

##### Oberndörfer 1991:

Dieter Oberndörfer, Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas, Freiburg 1991 (=Herder Spektrum 4034).

##### Poliakov 1977:

L.Poliakov, Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus München 1977.

##### Röseler, Vogel 1993:

Sibylle Röseler und Dita Vogel, Illegale Zuwanderer - ein Problem für die Sozialpolitik?; ZeS - Arbeitspapier Nr. 1/93 (Zentrum für Sozialpolitik Universität Bremen Parkallee 39 2800 Bremen 1).

##### Schmid 1989:

Thomas Schmid, Multikulturelle Gesellschaft - großer linker Ringelpiez mit Anfassen; in: NG/FH, H.6/1989, 541-546.

##### Todorov 1989:

Tzvetan Todorov, Nous et les autres Paris 1989.

##### Treibel 1993:

Annette Treibel, Transformationen des Wir-Gefühls. Nationale und ethnische Zugehörigkeiten in Deutschland; in: R. Blomert, H. Kuzmics und A. Treibel (Hrsg.), Transformationen des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus, Frankfurt/Main 1993, 313-345 (=stw 1073).